Koalitionspolitik war ganz verschwommen Stellung genommen (Lipinski hat sich sogar für die Koalitionspolitik ausgesprochen), zur Frage der Gewerkschaftseinheit und des Bündnisses mit Sowjetrußland haben sie nicht konkret Stellung zu nehmen gewagt.

In diesem Zusammenhange sei darauf hingewiesen, daß eine andere Führergruppe der sozialdemokratischen Opposition, nämlich die Mitglieder der Arbeiterdelegation, sich in erfreulicher Weise von der Opposition in Heidelberg unterscheiden. Die Arbeiterdelegation hat aufrichtig und entschieden ein leidenschaftliches Bekenntnis für Sowjetrußland und für die internationale Gewerkschaftseinheit abgelegt. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Arbeiterdelegation sind unerschrocken den Verdrehungen und Verleumdungen der Parteibureaukratie entgegengetreten. Sie haben sich mit ihrer ganzen Person für eine Sache, von deren Notwendigkeit und Wichtigkeit sie überzeugt sind, eingesetzt. Kam in Heidelberg der politische Wille der sozialdemokratischen Arbeiter verfälscht abgebogen und zaghaft zum Ausdruck, so findet dieser Wille in der Arbeiterdelegation gegenwärtig seinen getreuesten Ausdruck. Wer diese Tatsachen sieht, muß auch zu der Ueberzeugung kommen, daß für die Einschätzung der Opposition nicht die Führer in Heidelberg, sondern die aktiven Strömungen in den sozialdemokratischen Arbeitermassen ausschlaggebend sind.

Wenn ein großer Teil der sozialdemokratischen Arbeiter sich heute bereits von der geradezu krankhaften Voreingenommenheit gegen Sowjetrußland freigemacht hat, dann ist das ein bedeutsamer Hinweis auf Veränderungen, die sich im Lager der Sozialdemokratie vollziehen. Die Spuren der Dawespolitik und der Koalitionspolitik sind nicht spurlos an den sozialdemokratischen Arbeitern vorübergegangen. Je mehr die sozialdemokratischen Führer sich vom Boden der Arbeiterklasse entfernen und zum Bündnis mit der Bourgeoisie drängen, um so mehr zwingt die herrschende Klasse durch ihre ökonomischen und politischen Machtmittel das Proletariat zum schärfsten Klassenkampf. Die Distanz zwischen den sozialdemokratischen Führern und den Arbeitern wird mit Naturnotwendigkeit immer größer. Die Distanz zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und der Kommunistischen Partei wird jedoch im Verlauf desselben Prozesses immer kleiner. Die täglichen Berührungspunkte im politischen Tageskampf führen notgedrungen zu einer immer engeren Gemeinschaft zwischen den Sozialdemokraten, Parteilosen und kommunistischen Arbeitern. Es ist unvermeidlich, daß sich in der weiteren Entwicklung, ähnlich wie in der Labour Party und den englischen Gewerkschaften, auch in Deutschland ein starker linker Flügel im Lager der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie herausbilden muß, der konsequent den Weg zur Revolution geht.

Wenn die sozialdemokratischen Führer sagen, die Kommunisten wenden sich nach dem Heidelberger Parteitag an die sozialdemokratischen Arbeiter nur mit dem Zweck, die Führer zu entlarven, so ist das nichts als Demagogie. Die Arbeiterklasse stünde heute in einer ganz anderen historischen Situation, wenn sich die sozialdemokratischen Führer 1914 und 1918 nicht selbst als Verräter am Sozialismus entlarvt hätten. Die sozialdemokratischen Führer haben es also in der Hand, durch eine entsprechende Politik des Klassenkampfes die Entlarvung zu durchkreuzen. Warum tun sie dies nicht? Die Kommunistische Partei und die Exekutive der kommunistischen Internationale führen ihre gegenwärtige Politik nicht durch, um sich mit hinterhältigen Manövern an die sozialdemokratischen Arbeiter heranzuschleichen und aus purer Lust am Entlarven der sozialdemokratischen Führer, sondern sie wenden sich an die sozialdemokratischen Massen mit der ernsten Absicht, sie für die Revolution und den Sozialismus zu gewinnen. Vor den sozialdemokratischen Arbeitern steht die Aufgabe, ihre Opposition zu festigen, ihr ein revolutionäres Ziel zu geben und damit die Voraussetzungen für die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die Eroberung der politischen Macht mit zu schaffen. Die Kommunisten werden den sozialdemokratischen Arbeitern auf diesem schwierigen Wege ehrlich und kameradschaftlich helfen. Verstehen auch die sozialdemokratischen Arbeiter ihrerseits den ungeheuren Ernst der Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Situation, dann sind wir gewiß, daß die Einheit der deutschen Arbeiterklasse bald ein Stück lebendige Geschichte sein wird.

Zapfer in der Schwenkung aber — nicht einig

Die sächsische sozialdemokratische Presse müht sich ab, ihren Lesern die Schwenkung auf dem Parteitag begreiflich zu machen. Man merkt, daß die Redakteure sich ehrlich quälen, um die rebellierenden Mitglieder mit herumzureißen. Die Redaktionen wissen aber nicht recht, wie sie das machen sollen. Der Landesvorstand, die Bezirksvorstände schweigen sich aus. So führt denn die Presse vorläufig allein die Aufgabe durch. Am farblosesten und verwaschensten nimmt sich von all dem verwaschenen Geschreibsel das in der „Dresdner Volkszeitung" aus. Robert Grötzsch redet ununterbrochen um die Dinge herum. Er erklärt:

„Der Beschluß wird viele in unseren Reihen nicht befriedigen. Es wird darin zwar die baldige Reinigung der durch eine falsche Koalitionspolitik verdorbenen politischen Atmosphäre Sachsens in Aussicht gestellt, aber gleichzeitig wird das Eingreifen des Parteivorstandes gebilligt und das Verhalten der Dreiundzwanzig nicht deutlich genug gerügt."

Nach dieser kleinen Konzession an die Mitglieder und einem langen Gerede über die Disziplin kommt er zu der Weisheit letztem Schluß:

„Nachdem der Parteitag gesprochen hat, kommt es darauf an, unter Vergangenes einen Strich zu ziehen, aber nur, wenn die von Rost betonte, in der Sozialdemokratie seit jeher gültige Auffassung über die Grundrechte der Mitgliedschaften von allen bei dem Streit in Frage kommenden Faktoren hinreichend beachtet wird, dürfte der Strich wirklich zum Schlußstrich des unseligen Streites werden. Wir müssen alle Kräfte zusammenfassen, um mit Einheit und Schlagkraft einen Wahlkampf vorzubereiten, der nunmehr wohl für alle unausweichlich geworden ist."

Wann nun der Wahlkampf erfolgen soll, wird vorsichtigerweise nicht gesagt.

Es ist überhaupt bezeichnend für die gesamte SPD.-Presse, daß sie mit kaum einem Wort auf die politische Seite der Dinge eingeht, die Anerkennung und Unterwerfung unter die Koalitionspolitik. Wie sie die Auflösung des Landtags in nebelhafte Ferne verschiebt. Die „Linken" glauben schon nicht mehr an die baldige Auflösung.

Die Chemnitzer „Volksstimme" bereitet denn auch schon ihre Leser auf eine längere Verschiebung vor, indem sie schreibt:

„Der Zeitpunkt der Auflösung soll nach politischen Gesichtspunkten, und zwar noch im Laufe dieses Jahres, festgelegt werden. Das ist nicht nur die Ansicht des Parteitages, sondern auch eines großen Teiles der sächsischen Delegierten gewesen. Man kann nicht in einen Wahlkampf gehen ohne politische Parole. Damals, bei der Gemeindeverfassung, wäre die Stunde gewesen, wo man dem bürgerlichen Gegner den Waffengang anbieten konnte. Aber auch heute liegen die Dinge so, daß in demselben Augenblick, wo die geschlossene Fraktion ihre Handlungsfreiheit gegenüber den Koalitionsparteien zurückgewinnt, selbstverständlich auch der politische Konflikt auftaucht."

Das ist trotz des angehängten Geredes die vorbereitete Kapitulation vor der Koalitionspolitik der Rechten. Daran ändert auch nichts der pathetische Schlußsatz:

„Ist erst die Auflösung des Landtages da, dann wird der Gegner schon dafür sorgen, daß die sächsische Partei zusammengeschweißt wird zu einem Kampfinstrument, wie sie es seit den ersten Tagen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung immer war."

Einen anderen Ausweg der Verwirrung der Mitglieder sucht Seydewitz im „Sächsischen Volksblatt". Er hebt den demokratischen Charakter des SPD.-Parteitages gegenüber den Kommunisten hervor.

„Der Heidelberger Parteitag hat der deutschen Arbeiterschaft mit erfrischender Deutlichkeit den großen Unterschied gezeigt, der zwischen der Kommunistischen Partei und Sozialdemokratischen Partei Deutschlands besteht. In der Sozialdemokratischen Partei herrscht im Gegensatz zu der Kommunistischen Partei vollkommenste Meinungsfreiheit, und gerade diese Meinungsfreiheit innerhalb unserer Parteigemeinschaft gibt unserer Partei erst die notwendige Kraft zum einigen, geschlossenen Kampf gegen die gemeinsamen Gegner."

Dann kommt die Mitteilung, daß der Parteivorstand, der die Entscheidung habe, für die Auflösung des Landtages sein werde. Zum Schluß dann die ebenfalls sehr pathetische Erklärung:

„Der Parteikonflikt in Sachsen ist tot, wenn die 23 für die Zukunft das tun, was die Sachsenkommission von ihnen

Genossin! Genosse!

Benutze Dein Blatt als Werbenummer, laß Deinen Nachbar die Zeitung lesen!

Wirb Abonnenten!

erwartet, wenn „die 23 und alle anderen Genossen in Zukunft in grundlegenden politischen Fragen sich der Entscheidung der Parteigenossenschaft fügen"."

Das gesamte Geschreibsel ist ein ziemlich elendes Gestammel, das vor den tatsächlichen Dingen, vor der innerhalb der SPD.-Arbeiterschaft vorhandenen Gärung die Augen verschließt. Nachdem die „Linken" einige Jahre gegen die offizielle Politik gemeutert haben, machen sie jetzt Vogelstraußpolitik.

Etwas anders geht Hermann Liebmann an die Dinge. Er sieht wenigstens, daß er die Gärung innerhalb der SPD. nicht wird mit einer Handbewegung beruhigen können. In der „Leipziger Volkszeitung" schreibt er:

„Es wäre eine Täuschung, wollte man die tiefen Meinungsverschiedenheiten, die auf dem Parteitage in aller Oeffentlichkeit ausgetragen worden sind, kurzerhand beiseite schieben. Was an Meinungsverschiedenheiten in Heidelberg aufeinanderplatzte, ist nur der Widerschein einer tiefen Gärung innerhalb der Partei, die mit der Heidelberger Tagung nicht abgeschlossen ist. Die Riesenaufgaben, die mit der Umwälzung von 1918 dem Proletariat gestellt worden sind, haben auch in der Sozialdemokratie noch nicht die einheitliche Linie für ihre Lösung gefunden. Diese Einheitlichkeit der Auffassung wird auch die nächste Zukunft noch nicht bringen."

Zum Sachsenkonflikt konkrete Stellung zu nehmen, wagt auch er nicht. Er erklärt zu der Formulierung der Erklärung des Parteitags in der Sachsenfrage:

„Diese Formulierung, „sobald als irgend möglich", läßt, wenn nicht eine neuerliche Sabotierung eines Parteibeschlusses gedacht ist, eine lange Vertagung der Landtagsauflösung nicht zu. Es verlautet, daß die Ausführung dieses Beschlusses noch in diesem Herbst erfolgen soll."

Wir sahen aus diesen Formulierungen, daß es dem Parteivorstand gelungen ist, die Opposition lahmzulegen und durcheinander zu bringen. Die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter haben jetzt die Entscheidung, ob sie sich den Bethke, Müller und Heldt unterwerfen wollen.

Der Weg mit Heldt ist der Weg zum Aufstieg des Kapitals, zur Verelendung der Arbeiterklasse.

Zusammentritt des Preußischen Landtages

Berlin, 23. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Die Eröffnung des Preußischen Landtages wird von der Rechtspresse mit der Forderung auf Auflösung des Landtages begrüßt. Die „Tägliche Rundschau" meint, das Zentrum werde dem Kabinett Braun nicht mehr so begeistert wie bisher Gefolgschaft leisten. Der „Vorwärts" dagegen schreibt, das Zentrum würde sich nicht in das neue Krisenspiel hineinziehen lassen. Der „Vorwärts" fordert positive Arbeit und droht, falls diese scheitern würde, mit der Auflösung des Landtags.

Einberufung des Thüringer Landtages

Die Morgenblätter melden:

„Der Aeltestenrat des Landtages von Thüringen ist Dienstag nachmittag zusammengetreten, um über die allgemeine Geschäftslage zu beraten. Da die Sozialdemokraten und Kommunisten neuerdings einen gemeinsamen Antrag auf sofortige Einberufung gestellt haben, wird diese in den nächsten Tagen erfolgen, um das thüringische Amnestiegesetz verabschieden zu können. Man rechnet jedoch nur mit einer Tagungsdauer von höchstens zwei bis drei Tagen, da die Mitglieder des Landbundes wegen der bevorstehenden Kartoffelernte an größeren Tagungen nicht teilnehmen werden."

Die sächsischen Sozialdemokraten haben die Einberufung des Landtages abgelehnt. Arbeitsgenossen, kämpft um die Amnestie!

Die Femebanditen frei!

Berlin, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) **In der Ku-Klux-Klan-Affäre sind auch die mitbelasteten Strohschein, Maier und Sohn, aus der Haft entlassen worden.**

Eisenbahner für die Sowjetrepublik

Oppeln, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) **Noch nie waren die Betriebsräte sämtlicher Dienststellen und Werkstätten so zahlreich erschienen, wie zur Berichterstattung der Arbeiterdelegation von Rußland. Der Stadtverordnetensitzungssaal war fast zu klein. Die über dreistündigen Ausführungen des Kollegen Girndt über seine Eindrücke in Sowjetrußland, bei denen er besonders die Lage der russischen Eisenbahner schilderte, fanden aufmerksame Zuhörer. In der Diskussion wurden einige Fragen gestellt, die gründlich beantwortet wurden. Der Bezirksleiter des Eisenbahner-Einheitsverbandes gab seiner Meinung dahingehend Ausdruck, daß er selbst der Auffassung sei, daß Deutschland nur an der Seite von Sowjetrußland vorwärtskommen könne. Der christliche Gewerkschaftssekretär erklärte, für ihn sei es klar, daß es in Sowjetrußland der Arbeiterklasse besser gehen müsse, als der Arbeiterklasse in Deutschland, denn in Rußland wäre eine Arbeiterregierung. Trotzdem enthielt er sich mit noch vier seiner Freunde der Stimme, als über eine Resolution abgestimmt wurde, die im übrigen von allen Anwesenden einstimmig angenommen wurde. Ein Antrag eines Betriebsrates, der verlangte, daß die Ausführungen des Kollegen Girndt gedruckt werden sollen, um sie so allen Eisenbahnern von Oberschlesien zugänglich zu machen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.**

Die Eisenbahner werden auf den „Preisabbau" vertröstet

Berlin, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Die „Tägliche Rundschau" will von gutunterrichteter Seite wissen, daß die Reichsbahnverwaltung **nicht daran denke, die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches**, der bekanntlich von den Eisenbahnern abgelehnt wurde, **zu beantragen**. Das Blatt meint, auch die **Gewerkschaften würden vorläufig nichts tun**, sondern abwarten. Das vollkommene Schweigen der Eisenbahnergewerkschaften **läßt vermuten, daß die Gewerkschaftsführer** tatsächlich **den Kampf der Eisenbahner mit dem Preisabbauschwindel hinzuhalten versuchen.**

Schiedsspruch im Streik der Schriftgießer

Berlin, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Lohnstreik der Schriftgießer, die bereits seit 12 Wochen im Streik stehen, ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der eine Sprozentige Lohnerhöhung vorsieht, was einen Spitzenlohn von 49,44 Mark pro Woche ergibt. Ueber die Wiedereinstellung heißt es, daß diese bis zum 21. Oktober beendet sein soll, daß Maßregelungen nicht stattfinden sollen, daß aber den Arbeitskräften, die aus Anlaß des Streiks gerichtlich bestraft worden sind oder gegen die ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft schwebe, bei Wiedereinstellung keinen Anspruch haben. Der „Vorwärts" nennt diese Regelung einen Erfolg der Streikenden und stellt den Schiedsspruch so hin, als würden alle Arbeiter wieder eingestellt. Außerdem will er wissen, daß der Schiedsspruch von beiden Parteien angenommen wurde. In einer Urabstimmung wurde der Spruch jedoch mit 341 gegen 126 Stimmen in Berlin abgelehnt.

Die Kreditkorruption der feudalen Offiziere

Prozeß der Preußischen Landes-Pfandbrief-Anstalt

Berlin. Vor dem Schöffengericht Berlin begann heute der Prozeß gegen Nehring und Genossen, durch die die Landes-**Pfandbrief-Anstalt um mehrere Millionen geschädigt** wurde. Bekanntlich hat die Landes-Pfandbrief-Anstalt einem Konsortium, dessen Konsortialen die Rittergutspächter **v. Zitzewitz** und **Karstädt**, der Rittergutspächter **v. Carlowitz** und der Kaufmann **v. Czdorf** waren, **Millionenbeträge** zur Abwicklung eines Grundstücksgeschäftes geliehen, das das Bureauhaus „Börse" und 29 Berliner Miethäuser zum Objekt hatte.

Aus den Personalien der Angeklagten ist zu entnehmen: Nehring, der Berufsbeamter ist, kam 1919 vom Reichswirtschaftsministerium zur Preußischen Landes-Pfandbrief-Anstalt. Czdorf hat das Bankfach in der Deutschen Bank erlernt, war lange Zeit bei privaten Personen und der Preußischen Seehandlung tätig und kam 1920 zur Landes-Pfandbrief-Anstalt. Czdorf war bis 1919 aktiver Seeoffizier, von der Marine ging er direkt zur Bank. Carsten war von 1917 bis 1919 Offizier, heiratete dann und bewirtschaftete sodann das Gut seiner Schwiegermutter. Carlowitz, der 1918 aus dem Heeresdienst ausstrat, erlernte 1921 die Landwirtschaft, studierte ein Jahr in Halle und übernahm schließlich als Pächter das Gut seines Vaters.

Nehring schildert im Zusammenhang den Werdegang der Uebernahme der Leitung der Landes-Pfandbrief-Anstalt.

Vorsitzender: „Was veranlaßte Sie nun, von Ihrer Stelle als Vortragender Rat zur Anstalt überzugehen?"

Nehring: „Mich reizte vor allem die Selbständigkeit der Stellung. Es waren aber auch pekuniäre Vorteile damit verbunden. Ich sollte **das Ministerialratsgehalt plus 50 Prozent Zuschlag bekommen.**"

Der Vorsitzende verweist auf die Kreditgeschäfte der Anstalt und meint: „Sie sind als ein hoher Beamter dem Staat verantwortlich für die loyale Benutzung der Mittel, die Ihnen zu gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung gestellt worden sind. Der Zweck der Landes-Pfandbrief-Anstalt ist in den Satzungen klar ausgesprochen, als der gemeinnützige Zweck, das Siedlungswesen zu fördern, nicht aber irgendwelche Kreditgeschäfte zu machen. Es war Ihnen doch klar, daß es satzungswidrige Geschäfte waren, die Sie trieben?"

Angeklagter: „Ja!"

Sie ließen sich gut bezahlen.

Auf weitere Vorhalte des Vorsitzenden erklärt Angeklagter Nehring, die Deutsche Wohnstätten-Bank sei gegründet worden, um sozusagen den Betrieb der Landes-Pfandbrief-Anstalt, der ja nur auf Preußen beschränkt war, auf das ganze Reich auszudehnen. Später hätten sich aber Schwierigkeiten herausgestellt, als beide Gesellschaften miteinander konkurrierten. Um das aus der Welt zu schaffen, sei eine Art Interessengemeinschaft zwischen beiden Instituten hergestellt worden. Nun trat z. B. Dr. Meier von der Wohnstättenbank gleichzeitig in die Landes-Pfandbrief-Anstalt ein, während er (Nehring) gleichzeitig in die Wohnstätten-Bank eintrat.

Vorsitzender: „Wurden denn diese weiteren Posten auch bezahlt?"

Nehring: **„Ja, mit 50 Prozent des Gehaltes."**

Vorsitzender: **„Sie bezogen also das Gehalt der Gruppe 13 mit 50 Prozent Zuschlag, also fast das höchste Gehalt, das Beamte überhaupt erreichen, und dann gab es noch 5000 Mark Zulage besonders, etwa das Höchstgehalt der Gruppe 10, dazu als Direktor der Wohnstätten-Bank. Das ist doch eine etwas merkwürdige Lösung mit Schwierigkeiten, die doch durch eine Verschmelzung beider Institute viel besser und weniger kostspielig zu erreichen gewesen wäre."**